

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Dresden.
Verleger: Carl Neubauer.
Redaktion: Neudammstr. 25/26.
Telefon: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M., durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 12,50 M., vierteljährlich 37,50 M.
Die einseitige 3 mm breite Zeile 4.— M. auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Sieben u. Wohnungsmarkt, Spielplatz u. a. Besondere 25.— M. Druckgebühr laut Tarif. Zusätzl. Aufträge geg. Vorabbezahlung. Einzelpreis d. Vorabendblattes 6 Pf.

Schriftleitung und Geschäftsstelle
Marktplatz 38/40.
Druck u. Verlag von Neubauer & Neudammstr. 25/26.
Telefon-Nr. 1068 Dresden.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

HUPFELD
RÖNISCH
GRUNERT

Grunert-Flügel und Pianos

HUPFELD
RÖNISCH
GRUNERT

Dresden-A.
24 Waisenhausstr. 24

aus unserer Zweigfabrik Johannegeorgenstadt
Klangschön - Geschmackvoll - Dauerhaft - In mittlerer Preislage - Kulante Kaufsysteme - Bequeme Zahlweise

Dresden-A.
24 Waisenhausstr. 24

Der schärfere Ton gegen Deutschland.

Mißbilligung der Zahlungsfindung durch Poincaré.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
Paris, 17. Jan. Die „Nouvelle République“ meldet aus Paris: Wasas gibt zu der Zahlungsfindung der Reparationskommission an Deutschland einen Kommentar, der keine günstigen Aussichten für Deutschland nach Ablauf der zwei Monate aufkommen läßt. Wasas zufolge wird das neue Ministerium als erste Handlung die französischen Mitglieder der Reparationskommission dahin instruieren, daß Änderungen der deutschen Zahlungen für 1922 hinsichtlich der Beschlüssen des Gesamtkabinetts unterliegen. Der Wasas-Kommentar schließt mit den Worten, daß vorläufige Zahlungsverstärkungen an Deutschland von der neuen französischen Regierung nicht gebilligt werden.

Die Bedingungen für die Mitarbeit in Genua.

Paris, 17. Jan. „Matin“ schreibt: Wenn auch die Einladungen zu der Konferenz in Genua bedingungslos ergangen seien, so sehe das in Genua redigierte Dokument doch sehr genau festgelegte Bedingungen für die Mitarbeit am Wiederaufbau Europas vor. Die ganze Frage sei die, wann diese Mitarbeit beginne, und man sollte annehmen, daß sie in dem Augenblick ihren Anfang nehme, in dem die einzelnen Probleme in die Diskussion treten, von denen mehrere einen politischen Charakter hätten. Die französischen Delegierten hätten deshalb das Recht, zu verlangen, daß alle Eingeladenen die für den Wiederaufbau vorgeschriebenen Bedingungen ohne jede Einschränkung annehmen, d. h. also, daß über die Bedingungen selbst nicht diskutiert werden könne.

Arbeitervertreter auf der Konferenz zu Genua?

Berlin, 16. Jan. Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde vom Allen Bergarbeiterverband aufgefordert, dagegen Einspruch zu erheben, daß den Delegierten zu politischen Verhandlungen keine Arbeitervertreter angehören. Es wird erwartet, daß auf der Konferenz von Genua auch Arbeitervertreter mitverhandeln werden. (A. Z. B.)

Regierungsbesprechungen über Cannes.

(Drahtmeldung aus der Berliner Schriftleitung).
Berlin, 17. Jan. Die Besprechungen der Reichsministerien, die gestern begonnen hat, wird heute nachmittags 5 Uhr fortgesetzt. Eine halbe Stunde später beginnt eine Sitzung des gemeinsamen Reichskabinetts. Die Grundlagen für die Beantwortung der von den Alliierten an sie gerichteten schwerigen Fragen werden von der Reichsregierung nicht bereits morgen im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages bekanntgegeben werden können, da diese Beantwortung Zeit erfordert. Die Vorbereitung der Antwort ist noch nicht soweit gediehen, daß man sich schon mit ihren entscheidenden Elementen in gemeinsamen Beratungen hätte beschäftigen können. Trotzdem wird der Reichstagsantrag morgen im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages über den Stand der Reparationsfrage einen Bericht geben. Der Reichstag tritt am Donnerstag zusammen, doch wird nicht angenommen, daß alsdann schon Dr. Brüch über durch Cannes geschaffene Lage sprechen wird. Am 19. wird die Besprechung der Ministerpräsidenten der Länder, die für Freitag angekündigt ist, wahrscheinlich beim Reichspräsidenten stattfinden. Wie wir hören, wird der Reichspräsident Ebert die Minister zum Abendessen einladen.

Zuversicht in Berlin.

(Eigene Information der „Dresdner Nachr.“).
Berlin, 17. Jan. Ueber die gestrige Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages erfahren wir noch folgendes: Die Ausführungen des Reichskanzlers haben im Reichsaussschuss einen äußerst günstigen Eindruck gemacht. Die Abstimmung, die in gewissen Kreisen der Länder sich bemerkbar gemacht hatte, ist durch die Mitteilungen, die der Reichskanzler auf Grund des Rathenauischen Berichtes geben konnte, im wesentlichen beseitigt. Wir erfahren u. a., daß insbesondere der bayrische Gesandte v. Preger seine volle Zustimmung zu den Ausführungen des Reichskanzlers erteilt haben soll. Der Reichskanzler wird morgen vor dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages die politischen Fragen noch einmal erörtern und so auch den Reichstag über die augenblickliche Lage unterrichten. Die Ansicht, die über die politische Situation zurzeit in der Regierung verbreitet ist, ist nicht unangenehm. Man glaubt, daß die Verhandlungen in Genua ein für Deutschland befriedigendes Resultat haben werden, daß ferner die Linie der wirtschaftlichen Besprechungen, die die bisherige Politik in für Deutschland und Europa gutem Sinne beeinflusst hat, auch weiterhin beibehalten werden wird. Es ist wahrscheinlich, daß der Reichskanzler sich selbst in Begleitung einer Kommission, die unter Führung Dr. Rathenaus stehen dürfte, nach Genua begeben wird, obwohl eine feste Beschlußfassung darüber noch nicht vorliegt.

Die Entwicklung der englisch-französischen Beziehungen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
Paris, 16. Jan. Lord Curzon ist um 10 Uhr vier eingetroffen. Er wurde von Poincaré empfangen, der heute die Besuche des Außenministers übernimmt. Paris, 17. Jan. Ueber den Verlauf der gestrigen Besprechungen zwischen Poincaré und Lord Curzon weiß das „Paris Journal“ zu melden: Poincaré habe sich mit dem englischen Vorschlag, daß erst eine allgemeine Liquidation der zwischen Frankreich und England schwebenden politischen Fragen stattfinden müsse, ehe ein englisch-französischer Garantievertrag geschlossen werden könnte, grundsätzlich einverstanden erklärt, und zwar soll die Regelung aller dieser Fragen auf diplomatischem Wege und nicht durch direkte Ministerkonferenzen erfolgen. Es würden somit zwischen den Vollkammern von Paris und London demnächst Noten gewechselt werden. Französischerseits ist man entschlossen, diese Verhandlungen so viel als möglich zu fördern, damit die ursprünglich auf Mitte Januar festgesetzte Konferenz der Außenminister spätestens Ende Januar stattfinden kann. Dies sei um so notwendiger, als das englische Unterhaus am 1. Februar zusammentritt, wozu Lord Curzon London nur noch schwer verlassen könnte. Zudem wünschen die Außenminister zu einem möglichst frühen Zeitpunkt zu tagen, weil die Schneeschmelze in Anatolien den Wiederaufbruch des arabisch-türkischen Krieges vorzuziehen hätte.

Was das Reparationsproblem angeht, so habe Poincaré erklärt, daß hierüber zwischen der französischen und der englischen Regierung keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die englische Regierung habe immer erklärt, daß sie die Durchführung des Friedensvertrages wolle. Das Reparationsproblem wird somit in die diplomatischen Verhandlungen der nächsten Zeit nicht aufgenommen werden, sondern man werde darüber besonders verhandeln. — Zur Reparationsfrage meldet „New York Herald“ noch: Poincaré und Lord Curzon sind übereingekommen, daß zunächst einmal die Entscheidung der Reparationskommission abgewartet und zur Grundlage der Besprechungen zwischen Frankreich und England gemacht werden solle. Deutschland solle aufgefordert werden, seinen guten Willen zu betonen, indem es wirtschaftliche und budgetäre Reformen einführe. In Deutschland dies nicht, so hätte England nichts dagegen, daß Frankreich alles aufleiste, um aus Deutschland an Entschädigungen herauszuholen, was Frankreich auskomme.

Das englisch-französische Gegenpiel.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
London, 17. Jan. Die englische Presse enthält nichts Positives über die Aussprache Lloyd Georges mit Poincaré. Die Presse neigt der Ansicht an, daß die Konferenz von Genua zustandekommen werde, wenigstens Poincaré vielleicht nicht persönlich daran teilnehmen sollte. Die „Times“ redet Paris an, die bisherigen Irrtümer über die englisch-amerikanischen Beziehungen und Englands politische Stellung, sowie über die Möglichkeit, Reparationen mit militärischer Gewalt zu erzwingen, aufzugeben. Die Ansicht Poincarés, schwebende politische Fragen nicht durch Konferenzen, sondern durch die üblichen diplomatischen Kanäle zu entscheiden, dürfte Lloyd George und seinem Team. Die entsprechende Offenbar der Tatsache, daß sich Paris durch Lloyd George überzumpelt läßt. Andererseits ist offenbar die Pariser Ansicht, künftig eine Störung durch Neuherungen der Presse zu vermeiden und Entscheidungen im Stillen vorzubereiten. Die Presse scheint zu glauben, daß bei Einschaltung einer Atempause ein großer Teil der augenblicklichen Schwierigkeiten überwunden werden könnte.

Italien und der Garantievertrag.

Mailand, 17. Jan. Der „Corriere della Sera“ veröffentlicht einen englisch-französischen Notenwechsel über den Garantievertrag. Von italienischer Seite wird darin betont, daß man von Rom aus im Interesse des Wiederaufbaues von Europa, sowie der Erfüllung der deutschen Verpflichtungen es lieber sehen würde, wenn kein einseitig französischer Garantievertrag ein Übereinkommen zustande käme, in dem alle an der Konferenz beteiligten Mächte einbezogen würden. Italien erkläre weiterhin die Ansicht der englischen Regierung, in der Konferenz zu Genua die mit Frankreich vereinbarten Zuerückungen zu einem europäischen System zu erweitern, zur Kenntnis zu nehmen. England erklärt in einer Antwortnote, daß Italien durch den Fall seiner natürlichen Grenzen vor einem „feindlichen Deutschland“ besser geschützt wäre, als England und Frankreich. Die römische Regierung wird jedoch schlichtlich erbeten, ihre Unterstützung in der Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems nicht zu verlangen.

Die Reichsgründungsleiter — eine Gefahr für die Sicherheit der Besatzungstruppen.

Bonn, 17. Jan. Die Internationale Rheinlandkommission hat heute Kundgebung und Rekrutierung anlässlich des Gründungstages des Deutschen Reiches im besetzten Gebiet verboten, weil sie die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährden.

Dr. Stresemann über Cannes und Deutschlands Zukunft.

Von Josef M. Jurinet, München.

Ungeheuer war der Andrang zu dem für Sonntag vor-mittag (18. Januar) in München größtem Saale angekün-digten Vortrage des Führers der Deutschen Volkspartei, des Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann. Wohl lautete an den Anschlagtafeln das Thema „Die poli-tische Lage“, aber im Laufe des Vortrages selbst standen die aufgeschlagene Konferenz in Cannes und die damit aufs engste im Zusammenhang stehende Zukunft Deutschlands im Vordergrund der Ausführungen. Dr. Stresemann ging sofort auf sein Ziel, Cannes, los und begann damit, daß er die Forderung aufstellte: Wir müssen uns alle daran gewöhnen, daß wir der Außenpolitik eine ganz andere Bedeutung beimessen, als dies bisher vielfach in unserer politischen Einstellung und Erziehung gegeben war. Es ist ein Erbteil des Deutschen, daß er die Innen-politik über die Außenpolitik stellt. (Sehr richtig!) Wir müssen in dieser Beziehung von England lernen. Es hat stets verstanden, in Erdteilen zu denken und inner-politische Gesichtspunkte hintanzustellen, wenn es den Interessen des Vaterlandes nach außen galt. Bei der Außenpolitik gibt es nur einen Standpunkt: Das Ge-samtinteresse des Vaterlandes. (Bravo!)

Was hat zum Aufliegen der Konferenz in Cannes ge-führt? Wir haben die angloamerikanische und die französische Einstellung scharf von einander zu trennen. Es wäre falsch zu glauben, daß sich England bei seinem Vorgehen von irgend einem imperialistischen Regime für Deutschland leiten ließe. Die angloamerikanische Ein-stellung zeigt und sagt uns, daß uns nur noch eine einzige Kraftquelle geblieben ist: Unsere Wirtschaft.

Der Frieden von Versailles hat für weite Teile Europas einen Ansehensverlust geschaffen. Es wird die Zeit kommen, wo die Geschichtsschreiber auch der sog. Sieger-staaten von dem Fluch des Vertrages von Versailles sprechen und schreiben werden, dieser Fluch lastet nicht nur auf den Niedergerungenen, er lastet auch auf den Siegern und macht sie unruhig und bewegt.

Als größter Deminanzfaktor steht Frankreich mit seiner gegenwärtigen Politik im Felde. Die Zahl seiner, die weltwirtschaftlich denken und einschleift sind, ist in Frank-reich heute noch zu klein. Für Frankreich überwiegen heute noch die politischen Gesichtspunkte. Hätte Frankreich wirt-schaftlich gedacht, so hätte es Deutschland nicht überflüssig gemacht. Das Frankreich von Versailles mit Napoleons Teufel erfallen, das lautet: Ich habe Preußen nicht ge-nügend geschwächt, Polen nicht genügend getötet und Rus-land nicht verstanden. Polen ist geradezu der Mittel-punkt der französischen Politik, um, wenn wirklich wieder einmal Deutschland gegen Frankreich das Schwert ziehen sollte oder wollte, einen treuen Bundesgenossen im Osten zu haben. Ich verheere nur nicht, wie Frankreich es machen will, der Freund Polen und Rußlands zu-gesetzt zu sein. Das Deutschland gegenüber nur politisch eingestelltes Frankreich mit dem selbst vorgekauften Trud einer deutschen Armee und der Prebilat gegen einen nicht mehr vorhandenen deutschen Imperialismus ist der Deminanzfaktor der englisch-amerikanischen Einstellung und wird sich gegenüber England und Amerika mit seinem ausgesprochen politischen Kabinett Poincaré auseinander-zusetzen haben. Wir tun aut, und in solchen Spannungsmomenten innerhalb der Entente so wenig wie möglich einzuweichen, lediglich aus diesen Erwägungen heraus habe ich auch den Auswärtigen Ausschuss des Reichstages nicht einberufen, weil in schwebende Verhandlungen diplomatischer Natur zwischen Ländern aufnehmend: nicht einzureisen haben.

Den Vorschlägen Cannes gegenüber ist zur größten Vorsicht und Zurückhaltung zu mahnen. Wir müssen vom wirtschaftlichen Standpunkte aus Cannes be-kämpfen, um für Genua gerüstet zu sein. Und zwar gerüstet mit einem deutschen Programm, das doch wohl hoffentlich endlich einmal aufgestellt werden wird. Das ist die politische Aufgabe, die uns bevorsteht.

Ein weiterer Gesichtspunkt der französischen Einstellung besteht darin, daß auch das heutige niedereraktete Deutschland Frankreich immer noch zu gewichtigen er-scheint. Darum unterwirft Frankreich all: Besprechungen auf Verhörung der Reichseinheit, verhindert den An-schluß Deutschlands. Das Wichtigste ist jetzt, die Reichs-einheit zu bewahren. Der Geist, der in Preußen lebt, ist ein anderer als jener im Süden. Der Geist des alten Preußen war unter dem Königtum Preußen die höchste Verknüpfung der Unterordnung des Ich unter den Staat und unter die Volksgemeinschaft. Was da in der Revolution niedergeboren worden ist, wird in Jahr-zehnten erst wieder aufgebaut werden können. Aber der Süden bekämpft ja nicht diesen alten guten preussischen Geist, sondern jenen Geist im Norden, der nicht genug nationale Ent- und Geschlossenheit hat. Die Führer des neuen Deutsch-land waren keine Preußen mehr.

Der die Zeiten vom November 1918 mit denen von heute verwechselt, der muß zu der Überzeugung kommen, daß sich das Gute im deutschen Volke doch durchringt. Am Deutschen lebt nicht der Sinn für Unruhe und Revolution, sondern für Ruhe und Ordnung. Ist nicht die Anarchie, sondern die Weltlosigkeit, nicht die Unmoral, sondern die Sitte. Darum leiden jetzt am schwersten jene Parteien, die ein halbes Jahrhundert mit Anflügen irreführender haben und nun, als